

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer** und **Fraktion (CSU)**,

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Bayern bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen die Unterstützungsangebote für Obdach- und Wohnungslose in Bayern weiter zu verbessern und dazu baldmöglich im Rahmen vorhandener Mittel eine Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern zu gründen, mit der Projekte für obdach- und wohnungslose Menschen in Bayern gefördert werden können.

#### Begründung:

Genaue statistische Erhebungen zur Obdach- und Wohnungslosigkeit sind schwierig. Bayern unterstützt die Bemühungen des Bundes, eine deutschlandweite Erhebung auf den Weg zu bringen. Im Rahmen seiner Sozialberichterstattung hat der Freistaat Bayern bereits zum wiederholten Male zusammen mit den Kommunen und Wohlfahrtsverbänden eigene Erhebungen unternommen. Er ist damit Vorreiter in Deutschland.

Der Bedarf an Hilfen für Wohnungs- und Obdachlose sowie von Wohnungslosigkeit Bedrohte steigt aufgrund des Zuzugs nach Bayern, des Bevölkerungswachstums und der Situation am Wohnungsmarkt nach praktischen Erfahrungen an, vor allem in den Ballungsräumen.

Die grundsätzliche Zuständigkeit für Beratungs- und Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen liegt bei den Kommunen – den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken. Sie sind bereits in vielfacher Hinsicht tätig. Die Angebote werden ständig weiterentwickelt und ausgebaut.

Auch der Freistaat engagiert sich bereits seit langem, unter anderem durch die Förderung der Koordinierungsstellen Wohnungslosenhilfe Nord- und Südbayern und die Förderung der

landesweiten Bahnhofsmiissionsarbeit. Mit einer Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern, wie sie im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern für die 18. Legislaturperiode vereinbart ist, können Projekte für obdach- oder wohnungslose Menschen gefördert werden. Diese Stiftung soll baldmöglich ins Leben gerufen werden. Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Landtags sind miteinzubeziehen.